

Ressort: Politik

Bericht: Jamaika-Sondierer einigen sich auf Soli-Abbau

Berlin, 16.11.2017, 15:28 Uhr

GDN - Die Unterhändler eines möglichen schwarz-gelb-grünen Regierungsbündnisses haben sich offenbar auf den Abbau des Solidaritätszuschlags geeinigt. "Der Solidaritätszuschlag wird schrittweise abgebaut", heißt es laut eines Berichts der "Süddeutschen Zeitung" in Verhandlungsunterlagen, mit denen am Donnerstagabend die finalen Sondierungsgespräche beginnen sollen.

Dazu werden drei Etappen vorgesehen, schreibt die Zeitung. In einem ersten Schritt sei vorgesehen, alle Einkommen bis zu einer bestimmten Höhe "mit einem entsprechenden Freibetrag vom Solidaritätszuschlag" freizustellen. Bis zu welchem Einkommen er gelten soll, ist laut Zeitung noch offen. Für einen bestimmten Prozentsatz "aller bisherigen Zahler im unteren und mittleren Einkommensbereich" falle der Soli-Zuschlag damit "vollständig weg, alle anderen zahlen weniger". In einem zweiten Schritt soll der Freibetrag angehoben werden, in einem dritten Schritt "wird der Solidaritätszuschlag für alle vollständig abgeschafft". Strittig sei noch, ob der zweite und dritte Schritt gegenfinanziert werden, schreibt die Zeitung weiter. Wie aus dem Papier hervorgeht, ist die aufkommensneutrale Gegenfinanzierung eine Forderung der Grünen. Sie soll "verteilungspolitisch neutral erfolgen". Die von der Union und der FDP im Wahlkampf versprochene Einkommensteuerreform ist in eckige Klammern gesetzt und damit weiter offen. Die Abschaffung des Soli-Zuschlages wird seit Langem gefordert. Die Sonderabgabe auf die Einkommensteuer wurde aufgrund knapper Haushaltskassen zunächst wegen des Irak-Kriegs und später wegen des Aufbaus der neuen Bundesländer erhoben. Da der Solidarpakt für Ostdeutschland 2020 ausläuft, entfällt auch der Grund für den Soli. Die Abschaffung ist auch deshalb schwierig, weil er dem Bund jährlich bis zu 20 Milliarden Euro an Einnahmen bringt. Wird er ersatzlos abgeschafft, fehlen in den nächsten vier Jahren rund 80 Milliarden Euro an Einnahmen. Ein Teil des Geldes ist bereits für andere Maßnahmen verplant, weswegen die Unterhändler auch Gegenfinanzierungen prüfen müssen.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-97751/bericht-jamaika-sondierer-einigen-sich-auf-soli-abbau.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com